



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Holger Dremel, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Werner Stieglitz, Martin Stock, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**,

**Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/4366

### **Europäische Kohäsionspolitik ab 2028 - Mitgestaltung statt Top-down, Interessen Bayerns verteidigen**

Der Landtag begrüßt und unterstützt die intensiven Bemühungen der Staatsregierung um eine europäische Kohäsionspolitik, die den Ländern und Regionen Gestaltungsspielräume gibt und auch im Freistaat Bayern wichtige Entwicklungen fördert. Vor allem seit Bekanntwerden der Ideen der Europäischen Kommission zur Umgestaltung der Kohäsionspolitik ab dem Jahr 2028 ist die Staatsregierung im Schulterschluss mit anderen starken Regionen in Europa in vielfältiger Weise tätig.

Der Landtag lehnt Überlegungen ab, die Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene in Zukunft mehr zu zentralisieren und damit die Länder und Regionen aus der gemeinsamen Gestaltung dort auszuschließen. Es ergeben sich dadurch keine Effizienzgewinne, dafür würde aber das Europa starker Regionen massiv geschwächt. Es widerspräche dem Gedanken des „Näher am Menschen“, und damit auch dem europäischen Gedanken der Subsidiarität.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich weiterhin und mit Nachdruck für eine Kohäsionspolitik ab 2028 einzusetzen, die insbesondere

- an der bewährten Einbindung der Regionen und Länder festhält und diese nicht ausschließt,
- weiterhin auch stärker entwickelte Regionen in die Förderung miteinbezieht,

- angemessene Mittel bereitstellt und die besondere Situation der Grenzregionen in den Blick nimmt,
- rechtliche Unsicherheiten beseitigt,
- in den Verwaltungsverfahren Bürokratie einspart.

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

II. Vizepräsident